

Landminenmonitor 2018

Major Findings

Der *Landminenmonitor 2018* wird zum 20. Mal veröffentlicht. Er untersucht jedes Jahr die Fortschritte hin zu einer minenfreien Welt. Er bewertet das Abkommen zum Verbot von Antipersonenminen weiterhin als klaren Erfolg. Nachdem zwei neue Staaten dem Abkommen Ende 2017 beigetreten sind, haben nunmehr 164 Länder den Vertrag unterzeichnet und sich zur Umsetzung verpflichtet. Das Stigma, das Landminen anhaftet, ist weiterhin stark. Nur eine kleine Zahl nichtstaatlicher bewaffneter Gruppen setzt die geächteten Waffen weiterhin ein, häufig in Form improvisierter Sprengsätze.

Insgesamt haben Landminen und andere Explosive Kriegsreste (ERW) 2017 erneut zahlreiche Opfer gefordert, wobei die Mehrheit aus der Zivilbevölkerung stammten, darunter fast die Hälfte Kinder. Während die Länder weiter an der Räumung der verseuchten Gebiete arbeiten, stellt der Landminenmonitor fest, dass noch viel zu tun ist, insbesondere bei der Versorgung der Opfer und ihrer Gemeinschaften. Mitglieds- und Nichtmitgliedsstaaten investieren erhebliche Ressourcen in die Räumung von Minen und entsprechende Programme – und bestätigen damit den Einfluss, den dieses wichtige humanitäre Abrüstungsabkommen auch nach 20 Jahren weiterhin hat.

Inhalt

| | |
|---|---|
| Status des Abkommens | 1 |
| Einsatz | 1 |
| Opfer | 2 |
| Finanzierung der Minenräumprogramme | 3 |
| Kontamination und Räumung | 3 |
| Hilfe für die Opfer | 5 |
| Vernichtung von Beständen, Herstellung und Handel | 5 |

Status des Abkommens

Es gibt 164 Staaten, die dem Abkommen zum Verbot von Antipersonenminen beigetreten sind und einen Unterzeichner – die Marshall Islands – der es noch ratifizieren muss.

- Zwei Länder sind dem Abkommen 2017 beigetreten, beide im Dezember: Sri Lanka trat am 13. Dezember bei, während sich Palästina am 29. Dezember anschloss.

Einsatz

- Von Oktober 2017 bis Oktober 2018 hat der Landminenmonitor den erneuten Einsatz von Antipersonenminen durch die Regierungskräfte eines Landes bestätigt: Myanmar. Dieses Land ist nicht Mitglied des Minenverbotsabkommens.

- Es hat keine Hinweise darauf gegeben, dass Mitgliedsstaaten des Abkommens im Berichtszeitraum Antipersonenminen eingesetzt hätten.
- Der Landminenmonitor hat einen Einsatz von Antipersonenminen durch syrische Regierungskräfte im Berichtszeitraum nicht dokumentiert oder bestätigt.
- Nichtstaatliche bewaffnete Gruppen (NSAG) haben Antipersonenminen in mindestens acht Ländern eingesetzt: Afghanistan, Kolumbien, Indien, Myanmar, Nigeria, Pakistan, Thailand und Jemen.
- IS-Milizen haben im Irak und in Syrien wahrscheinlich erneut improvisierte Landminen eingesetzt, aber da unabhängige Beobachter kaum Zugang zu den betroffenen Gebieten haben, ist der erneute Einsatz im Berichtszeitraum schwer zu bestätigen.
- Der Landminenmonitor konnte Hinweise auf einen erneuten Einsatz von Antipersonenminen durch NSAG in Kamerun, Irak, Mali, Libyen, den Philippinen, Tunesien und der Ukraine im Berichtszeitraum nicht bestätigen.

Opfer

2017 wurde im dritten Jahr in Folge eine außergewöhnlich hohe Zahl von Opfern von Landminen und explosiven Kriegsresten (ERW) verzeichnet. Dazu zählen improvisierte Arten, die wie Antipersonenminen wirken (auch improvisierte Minen genannt), Streumunition und andere ERW.

- 2017 verzeichnete der Monitor 7.239 Opfer von Landminen/ERW – 2.793 Personen wurden getötet, 4.431 Personen wurden verletzt und bei 15 Opfern ist der Zustand nicht bekannt.
- Die anhaltend hohe Zahl hängt mit Opfern in Ländern mit bewaffneten Konflikten und weit verbreiteter Gewalt zusammen, insbesondere Afghanistan und Syrien, sowie die Ukraine, Irak, Pakistan, Nigeria, Myanmar, Libyen und Jemen. Genaue Daten für aktuelle Konflikte zu sammeln, ist jedoch schwer.
- 2017 wurden weniger Opfer gezählt als 2016, als der Monitor die höchste Zahl von Opfern seit 1999 verzeichnete, aber die Summe war trotzdem deutlich höher als die Opferzahl von vor fünf Jahren.
- Im zweiten Jahr in Folge wurde die höchste Zahl an Opfern durch improvisierte Minen (2.716) und an verletzten oder getöteten Kindern (2.452) in der Geschichte des Monitors verzeichnet

2017 wurden Opfer in 49 Ländern identifiziert, von denen 34 Mitglieder des Minenverbotsabkommen sind, sowie in vier anderen Gebieten.

- Die große Mehrheit der Opfer von Landminen/ERW waren Zivilist/-innen (87%), sofern ihr Status bekannt war. Dies ist ähnlich wie in den letzten drei Jahren.
- 2017 waren 47% aller zivilen Opfer Kinder, sofern das Alter bekannt war, ein Anstieg um 5% gegenüber 2016.
- Frauen und Mädchen stellen 13% aller Opfer dar, sofern das Geschlecht bekannt war.
- Der Monitor hat über 122.000 Minen-/ERW-Opfer erfasst, darunter rund 86.000 Überlebende, seit die weltweite Erfassung 1999 begann.

Finanzierung der Minenräumprogramme

Geberländer und betroffene Staaten stellten 2017 insgesamt rund 771,5 Millionen US-Dollar an internationaler und nationaler Hilfe für Minenräumprogramme bereit, eine Zunahme von 203,6 Millionen Dollar (36%) gegenüber 2016.

- Das ist die höchste Summe an internationalen und nationalen Mitteln zur Minenräumung, die je in den auf 1996 zurückgehenden Daten des Monitors verzeichnet wurde.

2017 trugen **internationale Geldgeber** 673,2 Millionen Dollar zur Minenräumung in 38 Staaten und drei anderen Gebieten bei – eine Zunahme von 190,3 Millionen Dollar (39%) gegenüber 2016.

- Dies ist die größte internationale Hilfe, die je vom Monitor verzeichnet wurde.
- Die fünf größten Geldgeber für die Minenräumung – die USA, Deutschland, die Europäische Union (EU), Norwegen und Japan – trugen 79% aller internationalen Mittel bei, insgesamt 435,4 Millionen Dollar.
- Die Rekordsumme von 2017 war vor allem das Ergebnis erheblicher Erhöhungen der Beiträge der USA (insgesamt 309 Millionen Dollar, eine Zunahme um 156,6 Millionen Dollar) und Deutschland (insgesamt 84,4 Millionen Dollar, eine Zunahme um 47,1 Millionen Dollar).
- Minenräumprogramme in fünf Staaten - Irak, Syrien, Kolumbien, Afghanistan und Laos – wurden mit 435,4 Millionen Dollar beziehungsweise 65% der gesamten internationalen Hilfe 2017 unterstützt.
- Die größte Steigerung gab es für Programme im Irak und Syrien, die 120 Millionen Dollar (insgesamt 207 Millionen) und 70,8 Millionen (insgesamt 89,4 Millionen) mehr erhielten als 2016.
- Die finanzielle Hilfe, die ausdrücklich für die Versorgung der Opfer gedacht ist, ist weiter gering und schwer zu erfassen. Sie stellt nur 2% der identifizierbaren internationalen Hilfe 2017 dar.

Zehn betroffene Staaten haben nach eigenen Angaben 98,3 Millionen an **nationaler Hilfe** für ihre eigenen Minenräumprogramme zur Verfügung gestellt, eine Zunahme um 13,3 Millionen Dollar (16%) gegenüber 2016.

Kontamination und Räumung

60 Staaten und Gebiete waren im November 2018 mit Antipersonenminen verseucht.

- Darunter waren 34 Mitgliedsstaaten des Minenverbotsabkommen und 22 Nichtmitgliedsstaaten sowie vier andere Gebiete.
- Mauretaniens Räumung im Dezember 2017 abgeschlossen. Mosambik, das den Abschluss 2015 gemeldet hatte, aber anschließend 2016 und 2017 zuvor

unentdeckte Antipersonenminen gefunden hatte, hat die Räumung im Mai 2017 abgeschlossen.

- Von einer massiven Verseuchung mit Antipersonenminen (mehr als insgesamt 100 km² pro Land) ist in Afghanistan, Angola, Aserbaidschan, Bosnien-Herzegowina, Kambodscha, Tschad, Kroatien, Irak, Thailand, Türkei, Jemen und in der Westsahara auszugehen.

Rund 128 km² Land wurden 2017 von Minen befreit, weniger als die insgesamt 145 km², die für 2016 gemeldet und überprüft wurden.

- 2017 wurden mehr als 168.000 Antipersonenminen und rund 7.500 Antifahrzeugminen vernichtet. Dies stellte eine deutliche Abnahme gegenüber 2016 dar. Dies ist jedoch eine niedrig angesetzte Schätzung, da einige Akteure ihre Räumungsergebnisse nicht systematisch melden.
- 2017 wurde eine Räumung in zwei Dritteln der verseuchten Staaten und Gebiete gemeldet: 29 Mitgliedsstaaten, acht Nichtmitgliedsstaaten und drei weitere Gebiete.
- Die umfangreichste Räumung von verminten Gebieten wurde 2017 in Afghanistan, Kroatien, Irak und Kambodscha erreicht (dieselben Länder wie 2016), die zusammen 80% der verzeichneten Räumungen durchführten.
- 2017 haben drei Mitgliedsstaaten nichttechnische und technische Überprüfungen durchgeführt, um größere Landflächen – mehr als 30 km² – freizugeben und damit die geschätzte verbleibende Kontamination erheblich zu verringern: Angola, Kambodscha und Thailand.
- In den letzten fünf Jahren (2013 - 2017) sind rund 832 km² verminter Gebiete geräumt worden. Rund 1,1 Millionen Antipersonenminen und mehr als 66.000 Antifahrzeugminen sind bei der Räumung von verminten Gebieten und Kriegsgebieten vernichtet worden.

29 Mitgliedsstaaten, ein Nichtmitgliedsstaat und ein weiteres Gebiet haben die Räumung aller verminten Flächen auf ihrem Territorium seit Inkrafttreten des Minenverbotsabkommens 1999 abgeschlossen.

- Jordanien und Nigeria, wo es eine Kontamination mit Antipersonenminen gibt, sollten erklären, dass sie eine Verpflichtung nach Artikel 5 haben und eine neue Frist für den Abschluss der Räumung beantragen.
- Fünf Mitgliedsstaaten wurde beim 16. Treffen der Mitgliedsstaaten 2017 eine Verlängerung der Frist für die Räumung gewährt: Angola, Ecuador, Irak, Thailand und Simbabwe. Sieben Mitgliedsstaaten bitten beim 17. Treffen der Mitgliedsstaaten im November 2018 um eine Verlängerung der Frist: Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Zypern, Serbien, Sudan, Ukraine und das Vereinigte Königreich für die Falkland-Inseln.
- Nur vier Mitgliedsstaaten scheinen ihren vertraglich vereinbarten Zeitplan für die Räumung einhalten zu können: Demokratische Republik Kongo, Peru, Sri Lanka und Simbabwe.
- Die politische Erklärung, die bei der 3. Überprüfungskonferenz der Mitgliedsstaaten des Minenverbotsabkommens 2014 in Maputo verabschiedet wurde, beinhaltet eine Zusage, die vertraglichen Pflichten bis 2025 so vollständig wie möglich zu erfüllen. Obwohl die meisten Länder ihre jeweilige Frist für die Räumung nach Artikel 5 nicht

einhalten können, sollte die Mehrheit ihre Ziele mit ausreichendem Geld und Engagement bis 2025 erreichen, sofern die Sicherheitslage es zulässt.

- Fast alle Mitgliedsländer mit Minenkontamination haben ein nationales Minenräumprogramm oder Institutionen, die die Räumungsverpflichtungen der Staaten erfüllen. Im Unterschied dazu haben weniger als die Hälfte der Nichtmitgliedsländer mit Landminenkontamination funktionierende Räumungsprogramme.

Hilfe für die Opfer

Von 2017 bis 2018 hatten die meisten Mitgliedsländer des Minenverbotsabkommens mit nennenswerten Zahlen von Minenopfern keine ausreichenden Ressourcen und Praktiken, um ihre Verpflichtungen aus dem Aktionsplan von Maputo für 2014 bis 2019 zu erfüllen. Nachfolgende Befunde beziehen sich auf 33 Mitgliedsstaaten mit signifikanten Zahlen von Minenopfern. Der Bedarf an Opferhilfe ist weiterhin groß, auch in den jüngsten Mitgliedsstaaten Palästina und Sri Lanka.

- In den meisten Mitgliedsstaaten wurden einige Anstrengungen unternommen, die Gesundheit und die physische Rehabilitation von Überlebenden zu verbessern.
- Trotzdem hat es nach der Verringerung von Ressourcen in den letzten Jahren in vielen Ländern eine Beinahe-Stagnation der verbleibenden wesentlichen Hilfsleistungen für Minen-/ERW-Opfer gegeben. Auch Netzwerke von Überlebenden hatten Probleme, ihre Aktivitäten angesichts geringerer Ressourcen fortzuführen.
- Die Leistungen blieben weitgehend zentralisiert, sodass viele Minen-/ERW-Überlebende, die in entlegenen und ländlichen Gegenden leben, keinen Zugang zu diesen Leistungen hatten. Ein Mangel an Rohmaterial und finanziellen Ressourcen standen der Verbesserung der körperlichen Rehabilitation in einigen Ländern entgegen.
- Nur 14 der 33 Mitgliedsstaaten verfügten über ausreichende Opferhilfe oder entsprechende Programme für Menschen mit Behinderung, um Defizite bei der Unterstützung zu schließen.
- Annähernd zwei Drittel der Mitgliedsstaaten hatten aktive Koordinierungsmechanismen und Überlebenden-Vertreter nahmen an 18 Koordinierungsprozessen in diesen 21 Mitgliedsstaaten teil. Über staatliche Initiativen zum Aufbau von Kapazitäten für eine verstärkte Teilnahme von Minen-Überlebenden wurde fast nie berichtet.
- Nennenswerte Defizite verbleiben beim Zugang zu Beschäftigung, Ausbildung und anderen einkommensschaffenden Maßnahmen in vielen Mitgliedsstaaten, in denen es an Möglichkeiten zum Bestreiten des Lebensunterhalts besonders mangelte.

Vernichtung von Beständen, Herstellung und Handel

Die Mitgliedsstaaten des Minenverbotsabkommens haben mehr als 54 Millionen gelagerte Antipersonenminen vernichtet, darunter mehr als 500.000 im Jahr 2017.

- Griechenland und die Ukraine verstoßen gegen die Konvention, nachdem sie ihre Vier-Jahres-Frist zur völligen Vernichtung ihrer Bestände verpasst haben.

- Zwei Mitgliedsstaaten besitzen mehr als fünf Millionen noch zu vernichtende Antipersonenminen: Die Ukraine (4,4 Millionen) und Griechenland (643.267). Der Oman (7.630) will seine Bestände bis Februar 2019 vernichten.

1999 hatten alle Staaten zusammen (sowohl Unterzeichner als auch Nichtunterzeichner des Abkommens) rund 160 Millionen Antipersonenminen gelagert, aber heute dürften es weltweit unter 50 Millionen sein.

41 Staaten haben die Produktion von Antipersonenminen eingestellt, darunter vier, die nicht Mitglied des Minenverbotsabkommens sind: Ägypten, Israel, Nepal und die USA.

- Der Monitor listet wie im vorherigen Bericht elf Staaten als Hersteller von Landminen, da sie die künftige Produktion bisher nicht ausgeschlossen haben: China, Kuba, Indien, Iran, Myanmar, Nordkorea, Pakistan, Russland, Singapur, Südkorea und Vietnam.
- Die Länder, die am wahrscheinlichsten aktiv produzieren, sind Indien, Myanmar, Pakistan und Südkorea.
- NSAG stellen improvisierte Landminen in Afghanistan, Irak, Myanmar, Nigeria, Pakistan, Syrien und Jemen her.
 - Huthi-Milizen im Jemen betreiben eine „Massenproduktion“ von Landminen, darunter operaktivierte IEDs (improvisierte Minen).

Mindestens neun Nichtmitgliedsstaaten des Abkommens haben den Export von Antipersonenminen offiziell gestoppt: China, Indien, Israel, Kasachstan, Pakistan, Russland, Singapur, Südkorea und die USA.